

Hinweis auf die Rechtsfolgen einer vorvertraglichen Anzeigepflichtverletzung (§ 19 Absatz 5 VVG)

Bestandteil des Antrags sind einige Fragen an den Versicherungsnehmer. Risikofragebögen gelten ebenfalls als Bestandteil des Antrags. Sie sind als Versicherungsnehmer für die korrekte Beantwortung verantwortlich. Die Antworten sind Grundlage für die weitere Bearbeitung des Antrags und werden Bestandteil des Versicherungsvertrags.

Bitte lesen Sie die Fragen sorgfältig und beantworten Sie diese wahrheitsgemäß und vollständig, auch wenn Sie bestimmten Umständen nur geringe Bedeutung beimessen. Gleiches gilt für zusätzliche Fragen, die wir vor Annahme Ihrer Vertragserklärung stellen.

Welche Rechtsfolgen hat eine fehlerhafte Anzeige?

Rücktritt

Verletzen Sie Ihre vorvertragliche Anzeigepflicht, können wir vom Vertrag zurücktreten, es sei denn, die Verletzung erfolgte weder vorsätzlich noch grob fahrlässig.

Ist im Zeitpunkt des Rücktritts der Versicherungsfall bereits eingetreten und war der maßgebliche Umstand weder für dessen Eintritt oder dessen Feststellung noch für die Feststellung oder den Umfang unserer Leistungspflicht ursächlich, bleiben wir zur Leistung verpflichtet. Im Falle der Arglist sind wir hingegen leistungsfrei.

Treten wir vom Vertrag zurück, steht uns der Teil des Beitrags zu, welcher der bis zum Wirksamwerden der Rücktrittserklärung abgelaufenen Vertragszeit entspricht.

Kündigung

Für den Fall eines einfach fahrlässigen Verstoßes oder der schuldlosen Verletzung der Anzeigepflicht können wir den Vertrag kündigen.

Vertragsanpassung

Rücktritts- und Kündigungsrecht sind ausgeschlossen, wenn wir den Vertrag auch bei Kenntnis der nicht angezeigten Umstände, wenn auch zu anderen Bedingungen, geschlossen hätten. Die anderen Bedingungen werden auf unser Verlangen hin rückwirkend, bei schuldloser Verletzung der Anzeigepflicht ab der laufenden Versicherungsperiode, Vertragsbestandteil.

Deshalb kontrollieren Sie nochmals, ob alle Fragen vollständig und korrekt beantwortet sind, bevor Sie den Antrag unterschreiben. Dies gilt insbesondere, wenn Ihnen eine andere Person beim Ausfüllen des Antrags geholfen hat.

Hinweis auf vertragliche Obliegenheiten nach Eintritt des Versicherungsfalls

Treten Umstände ein, die Haftpflichtansprüche eines Dritten gegen Sie zur Folge haben könnten, haben Sie die in § 8 der Allgemeinen Versicherungsbedingungen für die Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung genannten Obliegenheiten zu beachten.

Sie sind insbesondere verpflichtet, der R+V innerhalb einer Woche die Tatsachen schriftlich anzuzeigen, die Ihre Verantwortlichkeit zur Folge haben könnten. Macht der Dritte Ihnen gegenüber einen Haftpflichtanspruch geltend, sind Sie ebenfalls zur Anzeige innerhalb einer Woche nach der Geltendmachung verpflichtet.

Eine Nichtbeachtung der vertraglichen Verhaltenspflichten hat für Sie folgende Konsequenzen:

Verletzen Sie eine der Obliegenheiten vorsätzlich sind wir nicht zur Leistung verpflichtet.

Verletzen Sie eine der Obliegenheiten grob fahrlässig sind wir berechtigt, unsere Leistungen in einem der Schwere Ihres Verschuldens entsprechenden Verhältnis zu kürzen.

Wir bleiben indes zur Leistung verpflichtet, wenn die vorsätzliche oder fahrlässige Verletzung der Obliegenheiten weder für den Eintritt oder die Feststellung des Versicherungsfalles noch für die Feststellung oder den Umfang unserer Leistungspflichten ursächlich war.

Letzteres gilt jedoch nicht, wenn Sie arglistig gehandelt haben.

Einfach fahrlässige Verletzungen einer Obliegenheit haben keinen Einfluss auf unsere Leistungspflicht.

Informationen gemäß § 1 der Verordnung über Informationspflichten bei Versicherungsverträgen

1. Risikoträger

R+V Allgemeine Versicherung AG, Taunusstraße
1, 65193 Wiesbaden

vertreten durch den Vorstand,
Vorstandsvorsitzender: Bernhard Meyer
Handelsregister Nr. HRB 2188 Amtsgericht
Wiesbaden,
Umsatzsteuer-ID-Nr. DE 811198334

Die R+V Allgemeine Versicherung AG betreibt alle
Zweige der Schadens-, Unfall- und
Rückversicherung sowie die Vermittlung von
Versicherungen aller Art.

Aufsichtsbehörde ist die Bundesanstalt für
Finanzdienstleistungsaufsicht, Graurheindorfer
Str. 108, 53117 Bonn.

2. Wesentliche Merkmale der Versicherung

Die wesentlichen Merkmale der von Ihnen
beantragen Versicherung entnehmen Sie bitte
diesem Antrag, den Versicherungsbedingungen
sowie diesen Verbraucherinformationen.

Für das Versicherungsverhältnis gelten die
Allgemeinen Versicherungsbedingungen für die
Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung
(AVB) sowie die Besonderen Vereinbarungen und
Risikobeschreibungen (nebst Erläuterungen).

Für bestimmte Berufe gelten hiervon abweichend
folgende Versicherungsbedingungen:

Rechtsanwälte, Patentanwälte, Steuerberater,
Zwangsverwalter: Es gelten die Allgemeinen
Versicherungsbedingungen für die Vermögens-
schaden-Haftpflichtversicherung von Berufs-
trägern mit gesetzlicher Versicherungspflicht
(AVB-P) einschließlich Risikobeschreibung und
Besondere Bedingungen.

Notare und Notarbereich bei Anwaltsnotaren: Es
gelten die Allgemeinen Versicherungs-
bedingungen für die Vermögensschaden-
Haftpflichtversicherung von Notaren und
Anwaltsnotaren für ihr Notarrisiko (AVB-N)
einschließlich Risikobeschreibung und Besondere
Bedingungen.

Hinweis: Die in diesen Informationen nachfolgend
genannten Bestimmungen in Allgemeinen
Versicherungsbedingungen beziehen sich auf alle
oben aufgeführten Bedingungen, sofern nicht
ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

**Das Versicherungsverhältnis unterliegt
deutschem Recht, vgl. § 13 III AVB.**

Angaben über Art, Umfang, Fälligkeit und
Erfüllung der Leistung des Versicherers
entnehmen Sie den Allgemeinen Versicherungs-
bedingungen und zwar unter §§ 1 bis 4 AVB.

3. Versicherungssumme und Jahreshöchstleistung

Die Versicherungssumme stellt die Höchstleistung
des Versicherers im jedem Versicherungsfall dar,
vgl. § 3 II AVB. Die Gesamtleistung des
Versicherers beträgt das Zweifache der
vereinbarten Versicherungssumme.

Ausnahmen:

Bei Rechtsanwälten, Patentanwälten sowie
Steuerberatern beträgt die Gesamtleistung das
Zweifache der vereinbarten Versicherungs-
summe, mindestens jedoch den vierfachen Betrag
der gesetzlichen Mindestversicherungssumme.

Bei Pflichtversicherungen, bei denen die Höhe der
Versicherungssumme gesetzlich nicht geregelt ist,
beträgt die Mindestversicherungssumme 250.000
EUR; die Gesamtleistung beträgt das Vierfache
der gesetzlichen Mindestversicherungssumme,
vgl. § 114 I Versicherungsvertragsgesetz (VVG).

4. Beitrag, Beitragszahlung und sonstige Kosten

Die Höhe des Versicherungsbeitrags (einschl. der
derzeit geltenden Versicherungssteuer und
sonstiger Preisbestandteile) entnehmen Sie bitte
dem Antrag bzw. dem Versicherungsschein.

Die Bestimmungen zur Zahlung und Erfüllung
sowie die Zahlungsweise der Versicherungs-
beiträge entnehmen Sie bitte Ihrem Antrag bzw.
dem Versicherungsschein und den Allgemeinen
Versicherungsbedingungen unter § 5 AVB.

Bei Zahlungsverzug betragen die Kosten 4,50
EUR je Mahnung.

5. Zustandekommen des Vertrags

Vor Abgabe Ihres Antrages erhalten Sie mit
diesen Verbraucherinformationen die Allgemeinen
und Besonderen Versicherungsbedingungen und
gegebenenfalls sonstige vertragsrelevante
Informationen.

Die Aufnahme Ihres Antrags stellt Ihr Angebot
zum Abschluss eines Versicherungsvertrages dar.
Den Versicherungsschein (Police) erhalten Sie
per Post. Mit Zugang der Police ist der
Versicherungsvertrag geschlossen, sofern Sie
nicht ihr Widerrufsrecht (siehe Ziffer 6) ausüben.

Den Beginn der Versicherung und des Versicherungsschutzes entnehmen Sie bitte dem Versicherungsschein. Bitte beachten Sie, dass der Beginn des Versicherungsschutzes abhängig von der rechtzeitigen Zahlung des Erst- oder Einmalbeitrages ist, vgl. § 5 I AVB. Soweit für Sie eine Antragsbindungsfrist besteht, können Sie dies dem Antrag entnehmen.

6. Widerrufsbelehrung

Widerrufsrecht

Sie können Ihre Vertragserklärung innerhalb von zwei Wochen gegenüber der R+V Allgemeine Versicherung AG, Taunusstraße 1, 65193 Wiesbaden, widerrufen oder per Fax (0611-533-2408) oder per Email (ruv@ruv.de) ohne Angabe von Gründen in Textform widerrufen.

Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Die Widerrufsfrist beginnt, wenn dem Versicherungsnehmer der Versicherungsschein, die Vertragsbestimmungen einschließlich der allgemeinen Versicherungsbedingungen sowie die weiteren Informationen nach § 7 Abs. 1, 2 VVG in Textform vollständig mitgeteilt worden sind und er in deutlicher Form über das Widerrufsrecht, den Fristbeginn, die Dauer und die Rechtsfolgen des Widerrufs belehrt worden ist.

Widerrufsfolgen

Der Versicherer hat die für das erste Jahr des Versicherungsschutzes gezahlten Versicherungsbeiträge nicht zu erstatten, wenn Sie Leistungen aus dem Versicherungsvertrag in Anspruch genommen haben. Sie haben, sofern Sie zugestimmt haben, dass der Versicherungsschutz vor Ende der Widerrufsfrist beginnt, im Falle eines rechtzeitigen Widerrufs nur Anspruch auf Erstattung bereits gezahlter Beiträge für die Zeit nach Zugang des Widerrufs beim Versicherer.

Ihr Einverständnis, wonach der Versicherungsschutz vor Ablauf der Widerrufsfrist beginnt, liegt spätestens vor, wenn Sie Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag erheben.

Das Widerrufsrecht ist ausgeschlossen bei Versicherungsverträgen, die von beiden Vertragsparteien auf ausdrücklichen Wunsch des Versicherungsnehmers vollständig erfüllt sind, bevor der Versicherungsnehmer sein Widerrufsrecht ausgeübt hat.

7. Laufzeit des Vertrages

Die Laufzeit des Vertrags entnehmen Sie bitte dem Antrag bzw. dem Versicherungsschein sowie den Verlängerungsbestimmungen in den Allgemeinen Versicherungsbedingungen in § 6 I AVB.

8. Kündigungsrecht

Die Bestimmungen zu Ihren Kündigungsrechten entnehmen Sie bitte den Allgemeinen Versicherungsbedingungen, § 6 AVB. Regelungen zu Vertragsstrafen finden Sie unter § 5 II 1, 3 AVB.

9. Anwendbares Recht, Vertragssprache

Auf den Versicherungsvertrag findet das Recht der Bundesrepublik Deutschland Anwendung, vgl. § 13 III AVB.

Die Vertragsbedingungen und die Vorabinformationen werden in deutscher Sprache mitgeteilt. Die Kommunikation wird in deutscher Sprache geführt.

10. Außergerichtliche Beschwerdestelle

Bei Beschwerden können Sie das außergerichtliche Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren bei dem Verein Versicherungsombudsmann e.V. in Anspruch nehmen. Die Anschrift lautet: Postfach 080632, 10006 Berlin. Das Verfahren ist für Sie kostenfrei. Entscheidungen des Ombudsmann bis zum Beschwerdewert von 5.000 EUR sind für uns bindend.

Unabhängig von der Inanspruchnahme einer außergerichtlichen Beschwerdestelle besteht für Sie weiterhin die Möglichkeit den Rechtsweg zu beschreiten.

11. Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde

Sie können sich mit einer Beschwerde auch an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht wenden.

Die Anschrift lautet: Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn.

Schlussklärung

Einwilligungsklausel nach dem Bundesdatenschutzgesetz

Ich willige ein, dass der Versicherer im erforderlichen Umfang Daten, die sich aus den Antragsunterlagen oder der Vertragsdurchführung (Beiträge, Versicherungsfälle, Risiko-/Vertragsänderungen) ergeben, an den Rückversicherer zur Beurteilung des Risikos und zur Abwicklung der Rückversicherung sowie zur Beurteilung des Risikos und der Ansprüche an andere Versicherer und/oder an den Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) zur Weitergabe dieser Daten an andere Versicherer übermittelt. Diese Einwilligung gilt auch unabhängig vom Zustandekommen des Vertrages sowie für entsprechende Prüfungen bei anderweitig beantragten (Versicherungs-) Verträgen und bei künftigen Anträgen.

Ich willige ferner ein, dass die Versicherer der R+V Versicherungsgruppe meine allgemeinen Antrags-, Vertrags- und Leistungsdaten in gemeinsamen Datensammlungen führen und an den/die für mich zuständigen Vermittler weitergeben, soweit dies der ordnungsgemäßen Durchführung meiner Versicherungsangelegenheiten dient.

Ohne Einfluss, auf den Vertrag und jederzeit widerrufbar willige ich weiter ein, dass der/die Vermittler meine allgemeinen Antrags-, Vertrags- und Leistungsdaten darüber hinaus für die Beratung und Betreuung auch in sonstigen Finanzdienstleistungen nutzen darf/dürfen.

Diese Einwilligung gilt nur, wenn ich bei Antragstellung vom Inhalt des Merkblattes zur Datenverarbeitung Kenntnis nehmen konnte, das mir zu dem gesetzlich für die anderen Verbraucherinformationen vorgesehenen Zeitpunkt - auf Wunsch auch sofort - überlassen wird.